

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 347
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 9. November 1928

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 9. November 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Den Gemeinderat liegt ein Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Ingenieur Scholz (E.L.) vor:

Die Zusammenstöße auf den städtischen Strassenbahnen haben sich in den letzten Monaten in bedenklicher Weise gemehrt. Innerhalb der letzten 14 Tage haben sich nicht weniger als 4 solche Unfälle ereignet. Bei diesen Unfällen haben 37 Personen mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten und wurde auch bedeutender Materialschaden verursacht. Die Häufung dieser Unfälle hat die Öffentlichkeit in grosse Beunruhigung versetzt, zumal nach Zeitungsberichten die Ursache derselben nicht in Zufälligkeiten, sondern im Versagen der Bremsvorrichtungen, also im System gelegen sein soll. Es wird daher der dringliche Antrag gestellt, durch eine eingehende Untersuchung unverzüglich die wahren Ursachen dieser Unfälle in einwandfreier Weise feststellen zu lassen und dem Gemeinderate einen Bericht vorzulegen, ob und welche Vorkehrungen zur Verhütung solcher Zusammenstöße getroffen und welche weiteren Massnahmen notwendig sind, um die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten.

Zunächst wird eine Reihe von Anträgen ohne Debatte angenommen. Für die 22. Herbstausstellung des Oesterreichischen Künstlerbundes wird ein Ehrenpreis von zweihundert Schilling gewidmet. Das erste öffentliche Kinderkrankeninstitut Wien wird mit fünftausend Schilling, die kulturwissenschaftliche Gesellschaft mit achthundert Schilling, die Vereinigung Wiener Juristen mit eintausendfünfhundert Schilling, die Grillparzer Gesellschaft mit fünfhundert Schilling, der Verein für Geschichte der Stadt Wien mit eintausendfünfhundert Schilling, die Oesterreichische Exlibris Gesellschaft mit zweihundert Schilling, die Landesvertretung der befugten Zahntechniker Wiens (Forstner-Partik-Fond) mit tausend Schilling und schliesslich der Verein für Naturbeobachter und Sammler mit zweihundert Schilling subventioniert. Die Entwürfe für den Wohnhausbau in der Diemgasse, Ecke Heiligenstädterstrasse, in Döbling, für eine Wohnhausanlage auf dem Handelskai für einen städtischen Neubau in der Leopoldstadt, Wehlistrasse, für den Ausbau der Wohnhausanlage in Hernals Heigerleinstrasse - Hallirschgasse-Gräffergasse, und schliesslich für eine neue Wohnhausanlage in Favoriten in der Kennergasse werden ebenfalls ohne Debatte genehmigt.

St. R. Speiser berichtet sodann über die Vorlage, mit der der Bürgermeister ermächtigt wird, aus Anlass des zehnjährigen Bestandes der Republik Disziplinarstrafen nachzusehen oder zu mildern und anhängige Disziplinaruntersuchungen einzustellen. Stadtrat Speiser teilt mit, dass die Bundesregierung aus demselben Anlasse beschlossen hat, an den Bundespräsidenten Gnadenanträge in Disziplinarsachen für die in der Hoheitsverwaltung tätigen Bundesangestellten zu stellen. Es handelt sich dabei um Anträge auf gnadenweise Erlassung oder Milderung von Disziplinarstrafen, die nicht schon vollzogen sind, mit Ausschluss der Strafe der Pensionierung oder Entlassung. Ferner handelt es sich um Anträge auf Einstellung eines bereits eingeleiteten Disziplinarverfahrens. Jedoch werden Delikte nicht berücksichtigt, die den Gegenstand eines strafgerichtlichen Verfahrens bilden oder die voraussichtlich die Pensionierung oder Entlassung nach sich ziehen würden. Nicht berücksichtigt werden auch jene Pflichtverletzungen, die gewinnstüchtigen Bewegungen entspringen. Die Angestellten, die durch diese Vorlage berücksichtigt werden sollen, dürfen zwei Jahre vor Begehung der Pflichtverletzung keine Disziplinarstrafe erhalten haben. Ueberdies muss ihre Dienstleistung seit der

Pflichtverletzung vollkommen einwandfrei sein. Die Vorlage verfolgt den Zweck, den Angestellten des Magistrates die gleichen Begünstigungen zuzuwenden, wie den Angestellten der Hoheitsverwaltung des Bundes. Die erforderlichen Anträge werden vom Magistratsdirektor ungesäumt gestellt werden.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

GR. Schneider (soz. dem.) berichtet über den Neubau von Hauptunratskanälen in der Gartenstadt "Am Tivoli". Die Kosten betragen 106.000 Schilling.

GR. Gschladt (E.L.) betreibt den Bau des Liesingtalsammelkanals, an dem viele Gemeinden an der Südbahnstrecke sehr interessiert sind.

GR. Schneider erwidert in seinem Schlusswort, dass in der Frage des Liesingtalsammelkanals die Gemeinde Wien nicht die Initiative ergreifen kann.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Schneider berichtet über den Neubau der Untermeidlingerstrasse zwischen der Asylgasse und der Triesterstrasse sowie über den Neubau zweier Verbindungsstrassen zwischen der Untermeidlingerstrasse und der Wienerbergstrasse. Die Kosten betragen rund 450.000 Schilling.

GR. Gschladt (E.L.) wünscht die Ueberbrückung der Pottendorferlinie, um zwischen dem hinter der Pottendorferlinie liegenden Wohngebiet und der Wurmbstrasse eine entsprechende Verbindung zu schaffen.

GR. Schneider erklärt in seinem Schlusswort, dass die Gemeinde bemüht sei, allen Wünschen Rechnung zu tragen, doch sei sie ausserstande, alles auf einmal durchzuführen.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Kokrda berichtet über die Vergrösserung der Vorkühlhalle und über die Anlage eines Pöckelraumes im Schlachthof St. Marx. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 435.000 Schilling.

GR. Merbaul (E.L.) tadelt, dass zwei Stechbrücken, die im Vorausanschlag für heuer vorgesehen waren, nicht errichtet worden sind. Die Arbeitsgemeinschaft der Lohnschlächter in St. Marx stellt sich überdies gegen die Vermehrung der Stechbrücken. Ein Vertrauensmann der Arbeitsgemeinschaft hat zwar Rennpferde, um den Betrieb aber schert er sich nicht. Es muss Vorsorge getroffen werden, dass kein Mensch durch den Terror der Lohnschlächter einen Schaden erleidet.

St. R. Kokrda bestreitet in seinem Schlusswort, dass die Arbeitsgemeinschaft der Lohnschlächter auf den Betrieb in St. Marx irgendeinen Einfluss nehme. Eine Vermehrung der Stechbrücken liege vielmehr im Interesse der Lohnschlächter.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Bermann berichtet über die Abänderung des Generalbau-linienplanes durch Verlegung einer Gasse zwischen der Wehlistrasse und Engerthstrasse nächst der Wachaustrasse im II. Bezirk in dem er darauf hinweist, dass diese Abänderung durch den Ausbau des Elektrizitätswerkes notwendig wird.

GR. Körber (E.L.) bemerkt, es handelt sich keineswegs um eine geringfügige sondern um eine ganz gewaltige Aenderung des Baulinienplanes. Das Elektrizitätswerk soll nun gänzlich ausgebaut werden und bedenkt dabei gar nicht, wie sehr das Elektrizitätswerk für das ganze Umgebung, die eine der schönsten Anlagen von Wien ist, durch seine Rauch- und Russplage von Schaden ist. Wir haben schon seinerzeit darauf hingewiesen, dass es viel praktischer gewesen wäre, das Elektrizitätswerk an die Grenzen der Stadt zu verlegen. Ursprünglich hat man gar geplant, die Wachauerstrasse überhaupt aufzulassen, was zur Folge hätte, dass die Engerthstrasse in einer sehr grossen Ausdehnung überhaupt keine Querstrasse zum Handelskai hätte. Dagegen hat sich eine sozialdemokratische Bezirksrätin ausgesprochen und darum ist dieser Plan fallen

Zweiter Bogen

gelassen. Gemeinderat Körber beschwert sich schließlich darüber, dass der Gegenstand erst vorgelegt wurde, nachdem mit dem Bau schon begonnen worden ist.

GR. Bermann bemerkt zu den Ausführungen des Gemeinderates Körber, es sei nicht so, wie dies Gemeinderat Körber darstelle, als ob das Elektrizitätswerk mitten in ein schönes Viertel hineingebaut worden wäre, sondern zuerst war das Elektrizitätswerk dort und erst später sind und zwar schon von der früheren Verwaltung die Strassen und Plätze gebaut worden. Gegen den ursprünglichen Plan hat sich nicht nur wie Gemeinderat Körber sagte, eine sozialdemokratische Bezirksrätin, sondern auch der Magistrat, aus Gründen der Aesthetik ausgesprochen und darum ist dieser Plan fallen gelassen worden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Bermann referiert sodann über den Antrag betreffend die Abänderung der Grenze des Volkspraters im II. Bezirk. Er erinnert daran, dass im Jahre 1924 der Volksprater als Parkschutzgebiet erklärt worden ist, dass jedoch, was sonst in einem Parkschutzgebiet nicht möglich ist, die Erbauung von Schauhütten, Ringelspielen usw. möglich gemacht wurde. Dies gilt auch für jenen Teil des Volkspraters, der unter dem Namen "Englischer Garten" oder Vergnügungspark bekannt ist. Nun haben sich die Praterbudenbesitzer mit dem Ersuchen an die Gemeinde gewendet, den englischen Garten die Bestimmungen des Parkschutzgesetzes in der Weise anzuwenden, dass ausserdem bereits bestehenden Baulichkeiten, Neubauten nicht errichtet werden sollen. Sie begründen das damit, dass sie durch die Errichtung neuer Hütten auf dem Terrain des Englischen Gartens schwer geschädigt werden würden. Diesem Wunsche der Praterbudenbesitzer soll mit dem vorliegenden Antrag entsprochen werden.

GR. Stöger (E. L.) kommt auf den Plan der Errichtung eines Stadions im Prater zu sprechen und bemerkt, es handle sich dabei um eine schwere Verletzung der Parkschutzinteressen. Da die Erbauung des Stadions auf weiten Flächen die Entfernung des heute dort befindlichen Baumbestandes notwendig mache. Der Redner richtet an den Stadtrat Fandler als Mediziner den Appell, noch im letzten Moment dieses Attentat auf den Prater nicht zuzulassen und er appelliert an den Bürgermeister, es nicht zuzulassen, dass unter seiner Herrschaft eines der bekanntesten und beliebtesten Wahrzeichen Wiens beseitigt wird. Wenn der Bürgermeister diesem Appell folge, könne er der Zustimmung aller Wiener sicher sein. (Beifall bei der Einheitsliste.)

GR. Dr. Pfeiffer (E. L.) bemerkt, es handle sich bei dem Antrag um eine durchaus nicht harmlose Sache. Man müsse die Vorgeschichte des Antrags kennen, um zu verstehen. Der heutige Besitzer des Vergnügungsparkes wollte auf seinem Terrain eine Badeanlage errichten. Die Errichtung einer solchen Badeanlage wolle der Redner nicht unbedingt befürworten, da das eine Konkurrenz der städtischen Bäder wäre. Aber es ist nur überraschend, dass Mitglieder der Mehrheit damals erklärten, es gehe aus Gründen der Sittlichkeit nicht an, dort ein Bad zu errichten. (Hört! Hört! bei der E. L.) und die Gemeinde hat auch die Baubewilligung verweigert. Da der Verwaltungsgerichtshof in der Sache gegen die Gemeinde entschieden hat, muss sie nun die Baubewilligung erteilen. Und es ist überraschend, dass gerade in dieser Zeit ein Antrag unterbreitet wird, der einer Enteignung des Englischen Gartens gleichkommt. Es ist auch merkwürdig, dass die Gemeinde gerade in diesem Fall es so eilig hat, den Praterbudenbesitzern eine Gefälligkeit zu erweisen, deren Wünsche nach Kanalisierung des Praters und nach Steuererleichterung nicht erfüllt wurden. Uebrigens haben gerade die Praterbudenbesitzer die Errichtung einer Badeanlage auf dem Boden des Vergnügungsparkes befürwortet.

Man muss auch wissen, dass die Gemeinde Wien schon seit einiger Zeit in Verhandlungen wegen des Ankaufes des Grundes der Vergnügungsparkes steht. Offenbar will man den Grund erwerben, um ihn möglichst billig kaufen zu können. Man will diesen Platz am Eingang des Praters in die Hände der Gemeinde bekommen, um dort Anlagen errichten zu können, die allen Leuten, welche in den Prater kommen, zeigen sollen, dass Wien rot ist. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Bermann bemerkt, er könne als Referent mit dem Gemeinderat Pfeiffer, der lediglich seine persönlichen Empfindungen und Meinungen zum Ausdruck gebracht habe, nicht rechnen. Tatsache ist, dass der Verband der Praterhüttenbesitzer in einer Eingabe vom 4. August die Gemeinde inständig bittet, den Wunsch zu erfüllen, dem durch den vorliegenden Antrag entsprochen werden soll. In der Eingabe wird auch darauf hingewiesen, dass der Besitzer des Vergnügungsparkes das Unternehmen gar nicht selbst betreibt, sondern es an Pächter vergibt, die das Geschäftsrisiko allein tragen, während der Besitzer der Hauptnutznießer ist. Der Gemeinderat hat gar keine Veranlassung den Grundherrn zu schonen, wenn es sich um die Interessen einiger hundert Praterhüttenbesitzer handelt. Die Praterbudenbesitzer haben ihr Ersuchen mit Rücksicht darauf gestellt, dass auf Grund des Theatergesetzes neue Hütten errichtet und ihnen so grosse Konkurrenz gemacht werden könnte. Man begreift, dass die armen Praterhüttenbesitzer, die so schwer arbeiten müssen, sich da ihrer Haut wehren. Das alles sollte für den Gemeinderat so einleuchtend sein, dass man nicht wie das Gemeinderat Pfeiffer tut, nach anderen Gründen forschen und gar die Politik in diese Dinge hineinragen soll. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit)

Der Referentenantrag wird angenommen.

ST. R. Weber berichtet über den Bau der Wohnhausanlage XVIII., Hockegasse-Alseggerstrasse. Der Bau wird 35 Wohnungen enthalten. Der Kostenaufwand beträgt 560.000 Schilling.

GR. Dr. Kolassa (E. L.) wünscht, dass bei der Besiedlung von Gemeindebauten vor allem auf jene Wohnungsbedürftigen Bedacht genommen werden soll, die in dem Bezirk vorgemerkt sind, in dem der Bau aufgeführt wurde. Insbesondere bei der Vergebung der Wohnungen in Währing soll dies geschehen und jeder parteipolitische Hintergrund verschwinden.

ST. R. Weber erwidert, dass alle Bezirke nach der Zahl der Wohnungsbedürftigen berücksichtigt werden müssen. Selbstverständlich werde immer darauf Rücksicht genommen, dass in die Gemeindebauten vor allem jene Wohnungsbedürftigen kommen, die aus dem Bezirk sind, in dem der Bau ist.

Der Antrag wird angenommen und es wird der Dringlichkeitsantrag über die Strassenbahnunfälle verhandelt.

GR. Scholz (E. L.) begründet die Dringlichkeit damit, dass durch die Häufung dieser Unfälle eine Beunruhigung eingetreten ist. Im zuständigen Ausschuss wurde darüber nichts berichtet, weshalb in öffentlicher Gemeinderatssitzung Aufklärung verlangt werden muss.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt und Gemeinderat Scholz führt aus, dass die meisten Strassenbahnunfälle auf das Versagen der elektrischen Bremse zurückzuführen sind. Der Verkehr wird immer stärker, aber von der Strassenbahnverwaltung wird wenig getan, um die entsprechenden Vorsorgen zu treffen. Die Schaltkasten werden durch Monate nicht ausgewechselt und auch sonst wird nicht kontrolliert. Das geht schon so durch Jahre und es ist nicht zu verwundern, dass die Zahl der Unfälle sich häuft.

Vizebürgermeister Emerling entgegnet, dass es selbstverständlich sei, dass niemand die Unfälle bedauert als die Verwaltung. Aber es ist so, dass früher viel mehr Unfälle auf der Strassenbahn zu verzeichnen waren als heute. Im Jahre 1913 kamen auf eine Million Wagenkilometer noch 76,87 Unfälle, im Jahre 1924 nur mehr 49,42 und im Jahre 1928 nur 37,37. Ebenso ist die Zahl der Zusammenstöße auf der Strassenbahn gerechnet auf eine Million Kilometer von 5'02 im Jahre 1913 auf 3'72 im Jahre 1924 und auf 2'83 im Jahre 1928 gesunken. Auf eine Million Wagenkilometer entfallen im Jahre 1913 noch 4'45 Verletzte, im Jahre 1924 aber 4'01 und im Jahre 1928 nur mehr 3 Verletzte. Dabei darf nicht übersehen werden, dass mit der Zunahme der eigenen Fahrleistungen und der ständigen Vermehrung der Wiener Kraftwagen an für sich die Unfallgefahr wesentlich erhöht ist. Es wurden von mir nur die Zahlen für die Strassenbahn angeführt. Würde man noch die Stadtbahn dazu nehmen, so wäre die Entwicklung der

Drätter Bogen.

Sicherheitsverhältnisse noch weitaus günstiger. Es ist auch nicht wichtig, dass die Bremsvorrichtungen fehlerhaft sind. Die elektrische Bremse wird in allen Grosstädten verwendet, weil sie am besten für kurze Bremsstrecke geeignet ist. Bei dem Unfall in der Lengegasse wurde festgestellt, dass im Motor eine schadhafte Stelle war; das kann im elektrischen Betrieb immer vorkommen, obwohl die Gemeinde regelmässig alle technischen Einrichtungen überprüft. Das geschieht jetzt wieder, weil durch den ungeheuren Allerheiligenverkehr eine starke Abnutzung erfolgt ist. Bei dem Unfall in Margareten war überhaupt keine elektrische Bremse in Verwendung sondern eine Luftdruckbremse. Man kann also nicht alle Unfälle auf das Versagen der elektrischen Bremse zurückführen. Ebenso hat der Unfall in der Grinzingerstrasse gar nichts mit der Bremse zu tun gehabt. Dort ist durch den starken Lauf der Wagen ins Gleiten gekommen. Die Bremse war in Ordnung. Bei 3000 Wagen kann natürlich auch ein Materialfehler vorkommen, aber die von mir mitgeteilte offizielle Unfallstatistik zeigt, dass die Sicherheitsverhältnisse heute viel günstiger sind, als vor dem Krieg. Es darf auch nicht übersehen werden, dass bei diesen Unfällen das Gesetz der Serie eine sehr entscheidende Rolle spielt. Die Fahrer werden zu Hause gefragt und unsicher gemacht. So, wirkt, wie die Erfahrung lehrt ein Strassenbahnunfall sich immer in einer gewissen Serie aus, bis dann wiederum Ruhe eintritt. (Lebhafter Beifall).

GR Daffinger (E. L.) kritisiert die Behandlung, die die Mitglieder der Minorität im Unternehmungsausschuss erfahren. Ihre Ausführungen werden bagatellisiert, ja Vizebürgermeister Emmerling ist sogar darüber ungehalten, wenn Mitglieder der Minorität im Ausschuss sachlich interpellieren. Diese Behandlung der Minoritätsausschussmitglieder seitens des Vizebürgermeisters Emmerling färbt auch auf die Referenten ab, die ebenfalls die Vorstellungen der Minoritätsmitglieder nicht ernst nehmen. Ein solches Benehmen hat sich auch der Strassenbahndirektor Ingenieur Spängler zurecht gelegt. Wir erklären, dass wir uns ein solches Benehmen nicht mehr länger gefallen lassen. Wir sitzen mit gleichen Pflichten und Rechten im Ausschuss und werden in Zukunft darauf achten, dass wir als gleichberechtigte Ausschussmitglieder behandelt werden. (Beifall bei der E. L.)

Der Antrag wird der Strassenbahndirektion ^{zur} gegenstandsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.
Schluss der Sitzung 19:30 Uhr.

Eine Schubertstrasse der Gemeinde Wien. Die Gemeindeverwaltung veranstaltet bekanntlich anlässlich des hundertsten Todestages Franz Schuberts eine Reihe von künstlerischen Veranstaltungen und hat auch die Oberbürgermeister der reichsdeutschen Städte nach Wien eingeladen. Nach Franz Schubert ist in Wien nur eine kleine Gasse am Alsergrund benannt. Es soll nun der Kolowratring in Schuberttring umbenannt werden. Ein diesbezüglicher Antrag wird bereits vom Magistrat ausgearbeitet und in der kommenden Woche vom amtsführenden Stadtrat Linder dem zuständigen Gemeinderatsausschuss unterbreitet.

Festbeleuchtung des Rathauses. Aus Anlass der Republikfeier wird übermorgen Sonntag das Wiener Rathaus von 17:30 Uhr bis 20:30 Uhr und am Staatsfeiertag von 19 Uhr bis 20 Uhr festlich beleuchtet. Der Leuchtbrunnenauf dem Schwarzenbergplatz wird am Staatsfeiertag von 20 Uhr bis 21 Uhr seine prächtigen Wasserspiele zeigen.

Kein Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien. Einer Zeitungsmeldung zufolge soll die Gemeinde Wien seit längerer Zeit die Absicht haben, das Brauhaus zu verkaufen. Diese Meldung ist vollständig unrichtig. Es wurden auch keinerlei Verkaufsverhandlungen geführt und entbehrt die Nachricht jeder Grundlage.

Republikfeier der Gemeinde Wien. Anlässlich der Zehnjährbestandsfeier der Republik hält der Wiener Gemeinderat morgen Samstag um 11:30 Uhr im Sitzungssaal des Gemeinderates eine Festsetzung ab. Die Festrede wird Bürgermeister Seitz halten.